

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Wahlsieg an der Unterelbe.

### Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg. — Antwort auf Tannenbergs Rede.

Altona, 26. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurde in Altona, Harburg und Wandsbek zu den Stadtordegnenversammlungen neugewählt. Das Ergebnis zeigt überall einen erfreulichen Aufschwung der sozialdemokratischen Stimmen, während sämtliche bürgerlichen Parteien, und zwar insbesondere die Nationalsozialisten, verhältnismäßig starke Rückgänge zu verzeichnen haben. Auch die Kommunisten haben überall verloren. Das hindert sie natürlich nicht, in ihrer Presse das Gegenteil zu behaupten. Man liest eben gewohnheitsmäßig.

In Altona

wurden bei einer Wahlbeteiligung von 71 Proz. der Wahlberechtigten insgesamt 113.310 gültige Stimmen gegen rund 106.500 Stimmen am 4. Mai 1924 abgegeben. Davon entfielen auf die Sozialdemokratie 43.036 gegen 33.387 Stimmen oder 25 Mandate gegen 18 in dem früheren Stadtparlament. Die Kommunisten erhielten 18.537 (19.211) Stimmen mit 11 Mandaten (10). Die Demokraten gingen von 11.637 bei den Wahlen im Mai 1924 (7) auf 6.423 (3) zurück. Am stärksten verloren die Nationalsozialisten, die von ihren 9.363 Stimmen bei der letzten Wahl nur noch ganze 1.980 reiten konnten und statt bisher 5 jetzt nur noch mit einem einzigen Vertreter in das Stadtparlament einzziehen.

Die Verluste der Rechtsparteien sind insofern nicht ganz klar festzustellen, als sie bei den letzten Wahlen gemeinsam marschierten, während sie für den gestrigen Sonntag getrennte Listen aufgestellt hatten. Dabei erhielt die Volkspartei 9.918 Stimmen oder 5 Mandate, die gleiche Mandatsziffer entfiel bei 8.530 Stimmen auf die Deutschnationale Partei. Die Bürgervereinsliste vereinigte 16.834 Stimmen gegen 28.174 Stimmen bei der letzten Wahl auf sich. Ihre Mandatszahl beträgt 10 gegen früher 12. Die Wirtschaftspartei, die zum erstenmal auftrat, erhielt 1.851 Stimmen oder 1 Mandat, während der bereits bei den früheren Wahlen aufmarschierte Wirtschaftsbund 3.464 Stimmen auf 1.272 Stimmen zurückging und infolgedessen kein Mandat erhielt. Leer gehen auch die Aufwertungsgruppe, Zentrum und ebenso die linken Kommunisten (Urbahngruppe) aus. Die

Aufwertungsgruppe erhielt 1.141 Stimmen, das Zentrum 1.100, die linken Kommunisten vereinigt nur 364 Stimmen auf ihre Listen.

Bei einem Vergleich mit dem früheren Stand ist zu berücksichtigen, daß durch die Eingemeindung von Teilen des Kreises Pinneberg die Zahl der Mandate etwas größer als früher ist. Lediglich die Sozialdemokratie hat die Zahl ihrer Stimmen und ihrer Sitze im Stadtparlament nicht nur dementsprechend vermehrt, sondern noch darüber hinaus einen wesentlichen Machtzuwachs erzielt.

In Wandsbek

konnte die Sozialdemokratie ähnlich wie in Altona ihre Stimmen und damit ihre Mandatsziffern steigern. Statt bisher 12 Sitze erhielt sie jetzt 15 Mandate bei 8.241 Stimmen. Die SPD. verlor an Stimmen, konnte jedoch ihre Mandatsziffer halten. Die vereinigten bürgerlichen Parteien, zu denen die Demokraten — sie erhielten 2 Mandate — nicht zählen, gingen von 18 auf 14 Sitze zurück. Die Späterer erhielten 1 Mandat.

In Harburg-Wilhelmsburg

erhielt die Sozialdemokratie mit 24.131 Stimmen 23 Mandate, auf die SPD. entfielen mit 9.312 Stimmen 9 Mandate und auf die Demokraten mit 2.524 Stimmen 2 Mandate. Auch das Zentrum konnte mit 11.277 Stimmen 1 Mandat erzielen. Auf die bürgerliche Einheitsliste entfielen 7.764 Stimmen oder 7 Mandate, die Haus- und Grundbesitzer erhielten 3.577 Stimmen oder 3 Mandate, und die Handwerker 3.303 Stimmen mit ebenfalls 3 Mandaten. Die Mieter holten sich nur ein Mandat.

Ein Vergleich mit den früheren Wahlergebnissen ist insofern nicht ohne weiteres möglich, als Harburg und Wilhelmsburg bisher getrennt gewählt haben. Die bisher vorhandene absolute Mehrheit der SPD. in Harburg ist infolge der Eingemeindung verlorengegangen, obwohl die Sozialdemokratie ihre Stimmen um 22 Proz. vermehren konnte. Eine ausgesprochene Linksmehrheit ist trotzdem gesichert. Die Sozialdemokratie zählt auch jetzt in Harburg allein wesentlich mehr Mandate als sämtliche bürgerlichen Parteien zusammen.

## Das Echo von Tannenbergs Rede.

### Scharfe Ministerreden in Frankreich und Belgien.

Paris, 26. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag wurden wieder in Frankreich eine ganze Reihe von Kriegerdenkmälern eingeweiht, durch Poincaré allein drei. In seinen Reden befaßt er sich jedoch mehr mit lokalen Ereignissen. Dagegen ging Justizminister Barthou auf die Kriegsschuldfrage ein. Er führte dabei nach den amtlichen Berichten wörtlich aus:

„Es gibt Dementis, die die Geschichte nicht annimmt, und die, aus welchem Grunde sie auch kommen mögen, nicht gegen die Wahrheit der Tatsachen, der Dokumente und der Daten aufkommen können. Die Verantwortlichkeiten, die wir nach so gut im Gedächtnis haben, sprechen zu laut aus unserem verwüsteten Boden, als daß eine Ableugnung, die ebenso feierlich wie ungeschickt ist, ihre unauflösbare Zeugenschaft erschüttern könnte.“

Wenn das Deutschland von 1914 wirklich ein reines Herz gehabt hätte, hätte es mit einem Wort oder einer Geste durch Annahme des angebotenen Ausgleichsversuches jede Kriegsgefahr bannen können, die im Gegenteil durch seine auf Grund falscher Nachrichten beschlossene Mobilisierung provoziert, verschärft und beschleunigt wurde.

Wir wollen den Frieden, wir wollen ihn mit einem Willen, dessen weitberzige Aufrichtigkeit unsere bereits bewilligten Opfer befestigen. Aber wir können nicht ohne schändliche Gewissenlosigkeit auch noch die Wahrheit opfern. Diese Wahrheit ist unsere Kraft, denn sie ist unsere Ehre. Sie wird niemals dementiert oder entstellt werden können. Die notwendige Annäherung, die der Friede der Welt verlangt, fordert als Vorbedingung das Stillschweigen, das wir ohne Schwierigkeiten innehalten werden. Aber

nur für diesen Preis des Stillschweigens — ist er denn so hoch und schwer? — können wir versuchen zu vergehen,

Unkluge Rehabilitierungsversuche laufen Gefahr, in der öffentlichen Meinung nur allzu leicht die Form von Herausforderungen anzunehmen.“

In der Nähe von Reg hielt General Hirschauer eine Denkmalsrede, in deren Verlauf er das Stresemann-Interview im „Matin“ als außerordentlich schamlos bezeichnete.

Brüssel, 26. September. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Jaspers sagte bei der Einweihung eines Denkmals für den katholischen Staatsmann Bernaert in Ostende u. a.:

„Bernaert, der sich sehr um die Festigung des Friedens in Europa bemüht hat und von so tiefem Glauben daran erfüllt war, ist der beispiellose Schmerz erpart geblieben,

das Verbrechen, das „reinen Herzens“ begangen wurde von denen, die unsere Neutralität verletzt haben, mitzuerleben.“

Er hat nicht die furchtbare Lage erlebt, in denen die Invasion derer „mit den reinen Händen“ unser unschuldiges Vaterland der Brandstiftung, dem Mord und der Verwüstung ausgeliefert hat. Er hat die unentschuldigten Putschierungen von Frauen, von Greisen und selbst von Kindern in der Wiege nicht kennengelernt. Sein Herz krampfte sich nicht zusammen angesichts des systematischen Raubes unserer industriellen Ausrüstung. Er erlebte weder Löwen noch Biffe, noch Tanines, noch Aerschot, noch Dinant. Er hat nicht mehr mit Augen, die vor Entsetzen brannten, den langen Zug unserer Mitbürger davonziehen sehen müssen, die wie Sklaven zu Tausenden deportiert wurden.

Auch die letzte Prüfung blieb ihm erspart, sein geliebtes Vaterland gegen den Haß und die Verleumdung verteidigen zu müssen, die hartnäckig und unermüdet bemüht sind, mit den üblen Dünsten der Lüge und des Hebelwollens Heroismus und Leiden zu trüben.“

Infolge dieser Rede Jaspers soll die Genfer Besprechung Stresemann-de Broekere, die für heute vormittag geplant war, abgesagt worden sein. In dieser Besprechung sollte die gemeinsame deutsch-belgische Erklärung fertiggestellt werden, worin man auf die unparteiische Untersuchung des sogenannten Frankfurterkrieges von 1914 für jetzt verzichtet.

## Taifunkatastrophe in China.

5000 Opfer.

London, 26. September.

Nach Zeitungsmeldungen ist die Gegend von Jung-fong, 150 Meilen südwestlich von Hongkong, von einem mit einer Springflut verbundenen Taifun heimgesucht worden. 5000 Personen sind ums Leben gekommen. 20 000 Häuser und Hunderte von Dörfern wurden zerstört.

## Unwetter auch in der Schweiz.

Basel, 26. September.

Hochwasser- und Unwetterkatastrophen haben während der beiden letzten Tage in der östlichen und südlichen Schweiz schwere Schäden angerichtet. In Lavagnas ertranken acht Personen. Im See von Lugano ging ein Dampfer unter, der vom Sturm an den Quai geschleudert wurde. Mehrere Brücken wurden fortgerissen. Der Verkehr auf großen Bahnhöfen mußte eingestellt werden. Das Hochwasser ist im Abflauen. (Weitere Meldungen in der Beilage.)

## Schöner Ausklang von Genf!

Der unvermeidliche Wiederhall der Hindenburg-Rede.

Das also ist der Ausklang einer vierwöchigen Völkerbundtagung, auf der die Außenminister aller Locarno-Mächte in enger Verbindung miteinander standen! Man müßte annehmen, daß das Ergebnis einer solchen mehrwöchigen Führungnahme eine weitere Annäherung zwischen den Völkern sein würde. Weit gefehlt! Es werden statt dessen scharfe Reden gehalten, in der alte Beschuldigungen abermals erhoben werden, worauf natürlich von deutscher Seite nicht minder scharfe Antworten erfolgen. Die nationalistische Presse beider Länder ist wieder gottlob in ihrem Element, wie in den schlimmsten Kriegs- und Nachkriegsjahren.

Und warum das alles? Weil der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik, nicht den Mut hatte, gegen eine im höchsten Grade überflüssige und schädliche Stelle in der Tannenbergs-Rede des Reichspräsidenten v. Hindenburg Einspruch zu erheben. Ihm hat dieser Mut gefehlt, weil er sich deutschnationalen Angriffen nicht aussetzen wollte, weil er befürchtete, daß seine deutschnationalen Ministerkollegen die Tatsache seines Einspruches gegen eine Kriegsschuldgebung an die große Glocke hängen würden. Sein Verhalten verdient um so schärferes Tadel, als er genau wußte, welches Echo diese Kundgebung erwecken würde. Daß diese Erklärungen Hindenburgs nicht nur schädlich, sondern auch überflüssig seien, das wußte Stresemann am allerbesten.

Denn er selber hatte sich bereits auf den durchaus richtigen Standpunkt gestellt, daß jede Antikriegsschuldaktion überflüssig geworden sei, weil die ehemals feindlichen Regierungen innerlich die einseitige Beschuldigung des Art. 231 längst preisgegeben hätten. Er ist es gewesen, der mit vollem Recht im September 1926 in Genf das Wort prägte, daß nach der begeisterten Aufnahme Deutschlands im Völkerbund durch die Delegationen aller ehemals feindlichen Staaten die unwahre Behauptung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands faktisch fallengelassen worden sei. Er wußte aber andererseits sehr wohl, daß jeder Versuch Deutschlands, eine förmliche Zurücknahme des Artikels 231 zu erzwingen, nur seine Befristung zur Folge haben würde.

Das war der Standpunkt Stresemanns zu einer Zeit, als er eine vernünftige Reichsregierung vertrat, die wirklich die Völkerverständigung erstrebte. Jetzt, als Außenminister der Rechtsregierung, macht er wider bessere Ueberzeugung gefährliche Konzessionen an jene Propaganda, die unter dem Vorwand, das deutsche Volk reinzuwaschen, in Wirklichkeit die Rehabilitierung der hohenzollernschen Politik betreibt.

Deshalb lehnen wir es ab, im einzelnen zu den Reden Barthous, Poincarés und Jaspers Stellung zu nehmen, und mögen sie zum Teil noch so scharfe Erwiderung verdienen, zumal namentlich die beiden französischen Minister wahrhaftig nicht als Unschuldengel vor der Geschichte dastehen. Aber in diesem speziellen Fall liegt die Schuldfrage klar vor allen Augen: Hier ist es unzweifelhaft Deutschland gewesen, das angefangen hat, das diese Debatte entfesselt, ja provoziert hat. Es ist deshalb ein starkes Stück, wenn das Auswärtige Amt durch WTB. — ganz wie in Kriegzeiten — der Rede Barthous eine „Anmerkung“ folgen läßt, in der dem französischen Justizminister ironisch vorgeworfen wird, er hätte seine Mahnung vom süßernen Reden und vom goldenen Schweigen nicht selber befolgt. Diese Mahnung hätte Stresemann mit allem nötigen Respekt, aber mit eben solcher Entschiedenheit in jener Kabinettsitzung aussprechen müssen, in der der Wortlaut der Rede Hindenburgs gebilligt wurde.

Und wenn WTB. in jener „Anmerkung“ dem französischen Justizminister Barthou vorhält, er habe sich gerade zu dem „entscheidenden Punkt“ nicht geäußert, nämlich zu dem deutschen Angebot einer unparteiischen Untersuchung der Kriegsschuld und der Kriegführung, so weiß jeder einsichtige Politiker, daß eine solche Untersuchung, auch wenn sie relativ noch so günstig für Deutschland ausgehen würde, so viel Kriegsleidenschaften aufwirbeln, so viele alte Wunden aufreißen würde, daß damit der Sache des Friedens in keiner Weise gedient wäre. Wenn schließlich aus Genf gemeldet wird, die deutsche Delegation stehe jetzt auf dem Standpunkt, daß nach der Rede Jaspers die bevorstehende deutsch-belgische Einigung über einen einstweiligen Verzicht auf eine unparteiische Untersuchung wieder hinfällig geworden sei, weil die Beschuldigungen Jaspers eine neue Situation geschaffen hätten, so ist auch das eine ebensoviele unkluge wie kurzfristige Stellungnahme: denn wenn es ein Land gibt, auf das die Tannenbergs-Rede von der Unschuld und von den reinen Herzen und Schwertern Deutschlands schon ganz und gar nicht paßt, so war es Belgien. Daß von belgischer Seite eine scharfe Antwort auf die Tannenbergsrede erfolgen würde, war unvermeidlich. Und wenn Deutschland jetzt Belgien gegenüber so tut, als nähme es „übel“ und als wolle es — dreizehn Jahre nach dem aufrichtigen Schuldgeständnis Bethmann-Holweges — seine Unschuld gegenüber Belgien vor einem unparteiischen Ausschuss nachweisen, so ist das glatter Wahnsinn.

Das alles kommt eben davon, wenn man auswärtige Politik mit den Deutschnationalen zusammen machen will!

## Kronprinz contra Kaiser.

Wie es während des Krieges „oben“ zugeht. — Michaelis als Friedensfabrikator und Intrigant.

Die „Welt am Montag“ veröffentlicht einen Briefwechsel aus dem Jahre 1917 zwischen dem damaligen Kronprinzen und dem damaligen Reichkanzler Michaelis. Er liefert einen neuen dokumentarischen Beweis für den Zustand der Verlotterung, in dem sich die höchsten Regionen des kaiserlichen Deutschland während des Krieges befanden.

Am 18. Juli schreibt Wilhelm Kronprinz an Michaelis:

Euer Egzellenz  
erlaube ich mir anbei eine Darstellung der Vorgänge während der Tage vom 10. bis 13. Juli zu übersenden. Dieses Schreiben ist nur für Euer Egzellenz bestimmt. Sie werden daraus ersehen, welche wenig glückliche Rolle der Kabinettschef v. Valentini in diesen Tagen schwerwiegendster Entscheidungen gespielt hat. Ich möchte mich über die Persönlichkeit des Herrn Kabinettschefs noch etwas eingehender äußern. Die unerhörte Politik des Herrn v. Bethmann Hollweg, welche ihre Krönung in der

dem König von Preußen vom Deutschen Reichstag abgetroffenen demokratischen Wahlrechtsreform in Preußen

gefunden hat, wäre niemals möglich gewesen, wenn Valentini schon seit Jahren seine Pflicht getan hätte und Se. Majestät den Kaiser über die wirklichen Stimmungen im Volke orientiert hätte. An Warnungen meinerseits hat es nicht gefehlt, doch setzte er sich jedesmal mit einem Lächeln über dieselben hinweg. Er hat es nie verstanden, welche

schwere Beforgnis mich bei dem Gedanken befiel an das Erbe, das ich dem Kaiser überlassen sollte.

Die Klagen, welche mir aus allen Kreisen der Bevölkerung seit Jahren zugehen, über die Abschließung Sr. Majestät des Kaisers — die sogenannte chinesische Mauer — waren durchaus berechtigt, und alle meine Versuche, Se. Majestät wieder in nähere Beziehungen zu den führenden Leuten im Volke zu bringen, scheiterten an dem Widerstand des Kabinettschefs.

Nach weiteren Klagen über Valentini schreibt dann der Sohn über den Vater:

Die Persönlichkeit meines Vaters ist für eine Entwicklung der Dinge in dieser Richtung leider sehr geeignet; es ist ihm sehr viel bequemer, mit seinem Kabinettschefs zu arbeiten, als die Vorträge seiner Minister entgegenzunehmen.

Er fordert die Ersetzung des Herrn v. Valentini durch Herrn v. Berg, die ja später auch wirklich erfolgt ist, und fährt fort:

Auch die beiden anderen Kabinettschefs werden bald ersetzt werden müssen.

Egzellenz v. Lyncker, eine an sich vornehme Natur, mit beschränkten Fähigkeiten, ohne jede Fühlungnahme mit der Armee, durch den Verlust seiner beiden Söhne vollständig verbittert, ist ungeeignet für seinen Posten. Egzellenz v. Müller, der in der ganzen Marine allgemein verhaßt ist und dort den Namen „der deutsche Rasputin“ erhalten hat, außerdem als Gesundheitsgefahr bekannt ist, muß ersetzt werden. Die drei Herren sind ausgewählte Bestimmten und Flammacher; sie drücken in der nachteiligsten Weise auf die Stimmung Sr. Majestät.

Die Antwort des neugeborenen Reichkanzlers Michaelis ist noch interessanter. Sie ist vom 26. Juli datiert. In ihr liest man:

Durchlauchtigster Kronprinz!  
Gnädigster Kronprinz und Herr!

Eurer Kaiserlichen und Königlich hohen Heide dankte ich untertänig für das gnädige Schreiben vom 18. dieses Monats und seine Anlagen, insbesondere die mich außerordentlich interessierende Denkschrift über die Ereignisse vom 11. bis 13. Juli 1917 und die Lage Mitte Juli.

Ich bin nun 10 Tage im Amt, kann aber natürlich noch kein abschließendes Urteil über die Erledigung der Krise berichten.

### Die berüchtigte Resolution

Ist mit 212 gegen 126 Stimmen bei 17 Stimmenthaltungen angenommen.

Durch meine Interpretation derselben habe ich ihr die größte Gefährlichkeit gebracht.

Man kann schließlich mit der Resolution jeden Frieden machen, den man will. — Dann wurden die Kredite bewilligt, gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten. Nach dieser Leistung, die den Konflikt belegte, wurde der Reichstag geschlossen.

Am Nachmittag hatte dann Seine Majestät der Kaiser die Gnade, mit den Vorständen der Reichstagsfraktionen mehrstündig beim Staatssekretär Heiserich (ich konnte noch nicht über die Reichstagsräume verfügen) bei Tee und „kalter Ente“ zusammen zu sein. Majestät sprach mit fast allen Abgeordneten, auch den Sozialdemokraten (außer mit Scheidemann), aber auch mit Heidebrand. Die Abgeordneten waren sehr erfreut und befreudigt, und ich glaube, daß diese ungezwungene Berührung zwischen Monarch und Volkvertretern eine glückliche Veranstaltung war.

Um das letzte vorwegzunehmen. Bei der Begegnung Wilhelms II. mit sozialdemokratischen Abgeordneten handelt es sich um den bekannten Empfang bei Heiserich, zu dem Wilhelm II. unangemeldet erschien. Zu einer politischen Aussprache ist es dabei nicht gekommen, das Auftreten der „Majestät“ wirkte auf die Abgeordneten ohne Unterschied der Partei belustigend. Daraus mag Michaelis geschlossen haben, daß die Sozialdemokraten über diese unerwartete Begegnung „erfreut“ gewesen seien.

Im Licht der beiden Dokumente erscheint der Er-Kronprinz als ein Gegner der preussischen Wahlrechtsreform. Er scheint das Dreiklassenwahlrecht als einen Teil seiner Erbschaft zu betrachten, um die er sich mit Recht besorgt zeigt.

Noch viel belastender aber ist der Briefwechsel für Michaelis. Seine Art, die Friedensresolution des Reichstags zu behandeln, ist eine ausgesprochene Infamie. Wenn man von Persönlichkeiten absteht — und die Person des Herrn Michaelis hat wirklich keine Bedeutung —, welchen Glauben konnte das Ausland einem Deutschland schenken, das so registriert wurde? Man blickt in einen Abgrund der Verlogenheit und der Intrige. Der Kronprinz gegen den Kaiser, der Reichkanzler heimlich gegen den Reichstag — wahrlich, diese Zustände waren faul bis in innerste Mark. Und mit einem solchen Regiment wollte man einer Welt von Feinden trotzen, ihr sogar den Frieden diktiert? Das größte Wunder der Geschichte ist es, daß unter solchen Umständen der Zusammenbruch nicht schon viel früher eintrat.

## Rechtsblätter unter sich.

Kontinuation der Unterhaltung der „Täglichen Rundschau“ mit der „Nachtausgabe“ über den Fall Anastasia.

In einem Artikel der „Täglichen Rundschau“ vom letzten Sonntag liest man:

Heute nötig uns ein neuer Angriff der „Nach- oder Schmutz- ausgabe des Scherl-Verlags, sofort an dieser Stelle zu antworten, da die nächste Unterhaltungsbeilage erst Dienstag morgen in Berlin erscheint und wir die groben Lügen jenes Blattes nicht zwei Tage lang unangehalten ins Land gehen lassen wollen. Die „Nachtausgabe“, deren Kreise wir gelüdet und deren „Entsorgungs“-praktiken wir beleuchtet und als in ihren Ergebnissen und Zwecken verächtlich erwiesen haben, entlarvt sich in ihrer sinnlosen Wut selbst auf eine erschreckende Weise. Sie bringt einen neuen Wutartikel, in dem so ziemlich jeder Satz eine Unwahrheit oder eine Schimpferei enthält. Wie tief muß die „Nachtausgabe“ ihre Leser einschätzen, daß sie ihnen solchen Widerwitz vorzulesen mag! Mit solchen Leuten sich herumzustritten, ist zwecklos, da sie sich lieber

ein Bein brechen, als ihren Lesern die beschämende Wahrheit sagen würden.

Sachlich dreht sich der Streit bekanntlich um die Behauptung, der verantwortliche Redakteur der „Nachtausgabe“, Fritz Lude, habe dem Herzog von Leuchtenberg erzählt, daß sein Blatt für seine Stellungnahme zum Fall der „falschen Anastasia“ vom ehemaligen Großherzog von Hessen 25 000 M. bekommen habe. Diese Behauptung stammt, wie der „Jungdeutsche“ feststellt, aus einem Schreiben des Herzogs von Leuchtenberg selbst, in dem es heißt: „Ueber die 20 oder 25 (genau ist die Summe mir nicht erinnerlich) hat Lude meiner Frau in meiner Gegenwart erzählt.“ — Lude will aber nichts erzählt haben. Für das Schöffengericht, vor dem die Beteiligten bald aufmarschieren werden, ein schwieriger Fall!

## „Leichtfertige Verhehung.“

Ludendorff in Sorge vor dem Psychiater.

Die 58. Hauptversammlung des 23 000 Mitglieder umfassenden Vereins Deutscher Freimaurer hat in Dresden gegen Ludendorff eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:

Das wissenschaftlich ernste, Jedermann zugängliche Schrifttum der letzten Jahrzehnte, das sich mit der deutschen Freimaurerei beschäftigt, und das opferfreudige Verhalten und die Taten der einzelnen deutschen Freimaurer und deren Logen und Großlogen vor und nach dem Kriege beweisen klar und deutlich die Unwahrheit der von Ludendorff verbreiteten Phantasien. Jede ernste und unbefangene Unterrichtung läßt unzweifelhaft erkennen, daß bei den vielen Tausenden deutscher Männer, die sich in der Vergangenheit zu der Freimaurerei bekannnten oder dieser heute zugehörig sind, von der ihnen in der Schlußschrift nachgesagten stillen Entartung, geistigen Beschränktheit und jämmerlichen Charakterlosigkeit in nichts die Rede sein kann. Das Verfahren leichtfertiger Verhehung, mit der die Schrift die Ehre aller dieser Volksgenossen beschmüht, wird vom Verein deutscher Freimaurer auf das tiefste beklagt.

Voraus Ludendorff folgern wird, daß es mit dem „opferfreudigen Verhalten“ der Freimaurer nichts ist. Wollen sie sich doch nicht einmal als Sünderböcke für seine, des großen Feldherrn, Schuld an der Niederlage opfern!

Inzwischen sehen Ludendorff und sein Anhang weiße Mäuse. Das „Deutsche Tageblatt“ teilte in seiner Sonntagsmorgenausgabe mit, daß nach ihm gemordeten Informationen in Freimaurertreffen Berlins ein Anschlag gegen General Ludendorff beabsichtigt sei. Nach dem „Deutschen Tageblatt“ hätten höhere Offiziere, ein Psychiater und ein Rechtsanwalt temperamentooll den Beschluß gefaßt, General Ludendorff „verschwinden“ zu lassen. Angeblich soll die Sitzung am 20. September, 6½ Uhr abends, bei dem einen Offizier in Moabit „in Sachen gegen L.“ stattgefunden haben.

Schrecklich, fürchterlich! Wir verstehen die Angst des Verfassers dieser Notiz, namentlich aber auch die Sorge Ludendorffs vor dem — Psychiater!

Als deutsche Spione in Polen verhaftet wurden in Kottowitz drei Personen, darunter ein früherer Bankbeamter, der Wöhrlinger Viktor Bednarek, in dem Augenblick, als er versuchte, die Grenze mit einem falschen Paß zu überschreiten.

Ein kirchenfeindlicher Staat. Die Regierung von Ecuador hat allen ausländischen Geistlichen, gleich welcher Konfession, die Einreise verboten. Ausnahmsweise kann der Aufenthalt bis zu 40 Tagen erlaubt werden.

Der neue Sowjetterror. Im Moskauer Spionageprozess gegen fünf ehemalige zaristische Offiziere sind vier zum Tode, und der fünfte, der die Teilnahme an Terrorakten geleugnet, aber Spionage für Frankreich zugegeben haben soll, zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden.

## Freie Sozialistische Hochschule.

Das neue Wintersemester.

Die „Freie Sozialistische Hochschule“, die im Februar 1926 gegründet wurde und bei allen ihren Veranstaltungen ein lebhaftes Interesse der Berliner Arbeiterschaft feststellen konnte, gedankt auch im bevorstehenden Winterhalbjahr ihre Vorträge und Seminare fortzuführen. Das neue Winterhalbjahr wird am 22. Oktober durch einen öffentlichen Vortrag im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses eröffnet werden, dem in dreiwöchigen Abständen weitere Vorträge bekannter sozialistischer Wissenschaftler und Politiker folgen werden.

Auch die im vorigen Winter eingerichteten Seminare (Arbeitsgemeinschaften), die sich durchweg eines guten Besuches erfreuten und von Oktober bis Mai eifrig gearbeitet haben, werden im kommenden Winterhalbjahr weitergeführt, und zwar können sowohl die alten Hörer wie auch Neubinzutretende an ihnen teilnehmen. Es sind für diesen Winter folgende Seminare vorgesehen: Professor Heinrich Cunow: „Deutsche Wirtschaftsgeschichte“ (Beginn Freitag, 28. Oktober). Dr. Karl Wierendorff: „Geschichte und Soziologie des deutschen Parteiwesens“ (Beginn Montag, 24. Oktober). Fritz Kapfahl: „Geld und Kredit in der kapitalistischen Wirtschaft“ (Beginn Dienstag, 25. Oktober). Dr. Karl Schröder: „Einführung in die Philosophie“ (Beginn Mittwoch, 26. Oktober). Alexander Stein: „Der Sozialismus in der Gegenwart“ (Beginn Donnerstag, 3. November).

Alle diese Arbeitsgemeinschaften werden allwöchentlich an den festgesetzten Tagen in der Zeit von 7—9 Uhr abends im Hörsaal des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit abgehalten. Die Beteiligung an den Seminaren, die die von der Berliner Arbeiterbildungsschule und der Berliner Gewerkschaftsschule geschaffenen Bildungseinrichtungen ergänzen sollen, setzt natürlich bei den Hörern ein gewisses Maß von Vorkenntnissen voraus. Es muß deshalb bei der Aufnahme der Teilnehmer eine gewisse Auslese getroffen werden. Anmeldungen mit möglichst genauer Angabe des Bildungsganges, sowie des Tätigkeits- und Interessenskreises, sind zu richten an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Letzter Termin der Anmeldung ist der 15. Oktober. Es wird jedoch gebeten, die Anmeldungen möglichst frühzeitig einzusenden, da für jedes Seminar nur etwa 30 Teilnehmer vorgesehen sind. Die Arbeit eines jeden Seminars soll sich mit einer dreiwöchigen Unterbrechung während der Weihnachtszeit, bis Ende April erstrecken. Die Teilnehmergebühr für jedes Seminar beträgt für das ganze Winterhalbjahr (etwa 20 Abende) 10 M., die in zwei Raten zahlbar sind. Arbeitslosen wird die Hälfte der Teilnehmergebühr erlassen. Es ist zu wünschen, daß die Genossen und Genossinnen, die ihr Wissen vervollständigen wollen, von der hier gebotenen Bildungseinrichtung in weitestem Maße Gebrauch machen.

## Oesterreichische Kunst.

In der deutschen Kunstgemeinschaft.

Oesterreichische Kunst ist als Gesamtheit schon seit Jahrzehnten nicht mehr bei uns gezeigt worden — mindestens nicht seit Kriegsanfang. Die Deutsche Kunstgemeinschaft hat sich das Verdienst erworben, als zehnte ihrer Darbietungen in 5 Sälen die Kunst Oesterreichs geschlossen vorzuführen. Genossenschaft, Sezession, Bund österreichischer Künstler und Hagenbund in erlesenen Beispielen (nur wenige Bedeutende wie Kollig und Wiegeler fehlen noch). Man überblickt alles, was Oesterreich heute aufzubieten hat und kann ein sehr gutes Niveau feststellen, eine Gesamtschau, die trefflich in das Programm der DKG paßt.

An starken Persönlichkeiten herrscht drüben freilich einiger Mangel. Die Wiener Kunst ist solchen seit jeder nicht gut bekommen, davon wußten die Nazarener und Waldmüller ebenso zu sagen wie Feuerbach und Kokoscha. Von diesen sieht man gleich wie von Max Oppenheimer ehrenhalber einige tüchtige Beispiele; von ihrer Wirkung nichts. Der stärkste Mann ist in Wien zweifellos Anton Faistauer, der mit seinen großformatigen und auch groß empfundenen Figurenbildern, die wirkungsvoll aufgemacht und schmissig gemalt sind, ungefähr zwischen Jädel und Hoyer steht. Als originellster und phantasievollster und im Grunde modernster ist Franz Sedlacek zu nennen. Seine sehr eindringlich-glaubhaften Spitzgesichter und Landschaften sind ganz erfüllt von der Magie einer überrealistischen Einbildungskraft, die das Unmögliche in durchaus möglicher Gestalt und in bestimmter Form vertritt und so erst zum Problem erster Ordnung erhebt. Die solcher Art entstehende Spannung werden die ewig Unbelehrbaren als „Literatur“ distanzieren; doch aber hier die Breughelsche Form eine sehr zeitgemäße Auferstehung feiert und das verpönte Interessante ganz aus der Gestaltung des Sichtbaren erwächst, darf man Gottseidant wieder mit ruhigem Bewußtsein erklären.

Das Gros dieser fast immer liebenswürdigen und anheimelnden Bilder gehört ins Gebiet des angenehmen Dekorations, das aber meist den notwendigen Schuß von künstlerischer Gestaltung besitzt, um nicht als bloßes kunstgewerbliches Gebilde zu erscheinen; welche Gefahr dem Wiener fast zu nahe liegt wie dem Münchner. Keine Beispiele dafür bieten etwa: der Alt von Dobrowitz, die reizende tonige „Tänzerin“ von Reuß, die einschmelzenden und sympathischen Landschaften von R. Streit, A. Wegener, E. Huber, Buchinger u. a. Bisweilen gehen sie bis auf Waldmüllersche Tradition zurück wie Kempf und Hans Frank; bisweilen nähern sie sich stärker dem Impressionismus, wie Brusenbach. Weniger harmlos sind die Lichteffekte bei B. Gorgon und Harlfinger; ganz illustrativ die wichtigen Erfindungen von D. Vasse. Dem Hagenbund (Gerh. C. Hauser, P. P. P. P. P.) können wie in seiner Gesamtheit wenig Glanz abgewinnen; das Gebilde ist hier zu aetzelte und auf Bedeutung stillferr.

Die Skulptur überschreitet nicht ein anständiges Maß von akademischem Realismus.

Man muß noch von den Plänen der DKG sprechen, die Staatssekretär Schulz selber entwickelte; weniger von der Bildnis-

ausstellung im Reichstag als von der geplanten und vor der Bewirtlichung stehenden Organisation eines „Kunstabonnements“, das nicht nur Privaten, sondern auch Staatsbehörden, Stadtverwaltungen, Verbänden, Hotels usw. die Möglichkeit bieten wird, gute Kunstwerke gegen geringen Entgelt zu Leihen. Wer z. B. monatlich 1 M. zahlt, kann sofort Originalen im Wert von 100 M. aus den Beständen der DKG bekommen; wer 10 M. opfert, solche für 1000 M., kurz, 1 Proz. der Preise ist monatlich aufzugeben, um originalen Wandschmuck zu „abonnieren“. Das besonders Verdienste besteht noch darin, daß den Abonnenten fortlaufend die Hälfte ihrer Zahlungen als Kapital gutgeschrieben wird, von dem sie Kunstwerke als Eigentum erwerben können. Es leuchtet ein, daß Behörden (man denke an die Amtsstuben von Konsulaten, Finanzämtern usw.), Hotels (deren Zimmer schmuck fast überall, auch bei den vornehmsten Gaststätten, alles zu wünschen übrig läßt) usw. hieron für sich selber und ihr kultivierendes Publikum lebhaft profitieren können und so die anfängliche Kunst wahrhaftig unter Volk gebracht wird. Waghender Gesichtspunkt bleibt hierbei der Konsument; aber indem er mit guten Originalen befähigt gemacht wird und ihm die Lust zu eigenem Kunstwerb suggeriert wird, erhält zugleich der Künstler nachhaltige Förderung. Die ratenweise Erwerbung von Kunstwerken durch die Mitglieder der DKG bleibt daneben noch wie vor bestehen.

Wir hoffen, recht bald Endgültiges von jenen ausgezeichneten Ideen mitteilen zu können. Dr. Paul F. Schmidt.

Mittelalterliches Mysterienspiel. Im Rahmen der Ausstellung „Das junge Deutschland“ fand am Sonnabend abend in der Kirche von Friedrichswerder, Berderischer Markt, eine Aufführung des mittelalterlichen Mysterienspiels von den zehn Jungfrauen durch die Sing- und Spielgemeinde der Richte-Gesellschaft statt. Das Spiel behandelt die Geschichte von den töricht und weisen Jungfrauen in der einfachen und symbolischen Art des Mittelalters. Der Hauptplatz liegt auf den Chören und auf dem Sprecher des göttlichen Willens. Am Altar ist der Chor postiert, der Sprecher auf der Empore, auf einer Estrade vor dem Altar vollzieht sich die Handlung. Sicherlich bedeutet die Aufführung dieser Spiele eine empfehlenswerte Übung für ein theozentrisches Seminar, vielleicht gibt sie auch etwas solchen Menschen, die stark am Mittelalter interessiert sind. Was hat aber dieses Mysterienspiel mit der modernen deutschen Jugend gemein? Die Jugend soll vorwärts blicken und nicht in der Vergangenheit herumwühlen. Und was soll dieses Mysterienspiel, das erst in den reich dekorierten Räumen einer katholischen Kirche die letzte, heilige Formung erhält, in der puritanisch nüchternen Kirche von Friedrichswerder? Die Aufführung hatte immerhin einige Verdienste. Der Chor sang innig und verfügte über schöne Stimmen, und auch das Organ des Sprechers gewann nach Ueberwindung einer störenden Besangtheit an Ausdruck. Die Spielgemeinde sollte aber dahin wirken, daß ihre Mitglieder auch spielen können. So gut manche der jungen Darstellerinnen, die die Jungfrauen darstellen, sprachen, so ungelöst waren ihre Bewegungen. Sehr gut das kleine Streichorchester und die Orgel, die die Innigkeit der Szenen Staffbergischen Musik vollendet wiedergaben.

## Der Wiener Justizskandal.

Wie man Arbeiter vom Justiz-Gericht fernhält.

Unseren Lesern ist bereits bekannt, was Genosse Dr. Bauer im Nationalrat festgestellt und was der Justizminister Dr. Dinghofer zwar zugegeben, aber auf absichtlose Zufälle zurückgeführt hat: die tendenziöse und gefehlwidrige Auswahl der Schöffen für den Czerny-Senat, der die Zuldemonstranten aburteilt — eine Auswahl, die erreicht hat, daß kein Arbeiter diesem Gericht angehört. Nun hört man, was für „Zufälle“ dieses Ergebnis zustandegebracht haben.

### Die Tatsachen.

1. Nach dem Gesetz hätte ein Schneidergehilfe in den Senat als erster Schöffe berufen werden müssen. Das Landesgericht hat einen Kaufmann, einen Schneidermeister, eine Frau berufen, den Arbeiter, der als erster auf der Liste stand, nicht!

2. Auch bei der Auswahl von Schöffen aus der Ergänzungsliste ist in derselben Weise verfahren worden. Man hat dort einen Barstanzurichter übergangen, um einen Schneidermeister zu berufen, einen Beamten und einen Schriftsetzer übergangen, um eine Direktorsgattin zu berufen.

Aber, so sagt der Landesgerichtspräsident und ebenso der Justizminister, man dürfe aus diesen Tatsachen beileibe nicht schließen, daß man im Landesgericht planmäßig darauf ausgegangen sei, durch Ausschließung der Arbeiter vom Schöffenamt bürgerliche Klassengerichte zur Auditorat über die Justizgefangenen zusammenzustellen. Nein, das Ganze sei nur die Folge einer Reihe unglücklicher Zufälle!

### Die „Zufälle“.

Erster Zufall: Der Hofrat Wüstinger sagte gesprächsweise seinem Kanzleileiter, daß es eigentlich schon wäre, wenn man für die schwierigen Prozesse, in denen über die Verletzung des Urheberrechtes geurteilt wird, besonders intelligente Schöffen haben könnte. Der Kanzleileiter aber ist schwerhörig und so habe er die Bemerkung des Hofrats dahin mißverstanden, der Hofrat wolle ihm einen Wink geben, für ihn besonders intelligente Schöffen auszuwählen zu lassen.

Zweiter Zufall: Der Kanzleileiter forderte bei dem Kanzleibeamten, der die Schöffen auf die einzelnen Senate aufzuteilen hat, „besonders intelligente Schöffen“. Und da gerade Urlaubzeit war, verließ dieses Geschäft ein offenbar wenig geschickter Beamter, der sich dazu verleitete, besonders „intelligente“ Schöffen auszuwählen, statt die gemäß dem Gesetz nach der Reihenfolge, in der sie in den Listen verzeichnet waren, zu laden.

Dritter Zufall: Der besagte Kanzleibeamte war sich dessen bewußt, daß der Senat Wüstinger über Verletzungen des Urheberrechtes, des Marken- und Patentschutzes zu urteilen hat, und er suchte nun Schöffen, die für diese Aufgabe besonders „intelligent“ sind. Also schloß er zwar den Schneidergehilfen aus, zog aber einen Schneidermeister und einen Schriftsetzer vor.

Vierter Zufall: Der Hofrat Wüstinger leitete im August vorübergehend nicht nur seine Abteilung, sondern auch die Abteilung des damals auf Urlaub weilenden Hofrates Czerny, und dieser Zufall verleitet den Kanzleibeamten zu dem Irrtum, daß er nicht nur dem Senat Wüstinger, der die Urheberrechtsprozesse führt, sondern auch dem Senat Czerny, der über die Justizgefangenen urteilt, besonders „intelligente“ Schöffen schicken solle. So kam es, daß, dank solcher Häufung von vier Zufällen, auch Hofrat Czerny, der mit den schwierigen Urheberrechtsprozessen nicht zu tun hat, seine „unintelligenten“ Arbeiter, sondern nur „intelligente“ Bürger als Schöffen bekam. Solcher Häufung von Zufällen hat es halt bedurft, um zu verhindern, daß Arbeiter über die Justizgefangenen richten.

Schließlich hat sich ein gefehlwidrig belegtes Gericht über die Zuldemonstranten eine Reihe aufsehender Schreckensurteile verhängt. Von Rechts wegen müßten diese Urteile aufgehoben und vor den richtig zusammengesetzten Senat zurückverwiesen werden; daß es überhaupt zu solchen zweckwidrigen Urteilen kommen konnte, ist nur ein weiteres Moment jener „Vertrauenskrise“, die schon gar keine Krise mehr ist, da dieses Vertrauen sich längst in ein Nichts verflüchtigt hat.

„Das moderne Theater verdient Beachtung.“ Einer der hervorragenden Schauspieler Londons, Robert Parlane, verbreitet sich in einem Zeitungsartikel über die Gründe, denen die Werke Strindbergs neuerdings wieder eine ganz außerordentliche Beliebtheit verdanken. Es verdient Beachtung, was dieser Bühnenkünstler dabei zu dem Problem des modernen Theaters zu sagen hat. „Das moderne Theater verdient“, so schreibt Parlane, „die tiefste Beachtung des englischen Publikums und zwar wegen der niedrigen Qualität der aufgeführten Stücke. Geht nicht ins Theater, falls ihr nicht das Bild eines echten englischen Menschen zu sehen bekommt! Die englischen Dramatiker sind allzu exotisch und defizient geworden. Sie zeigen auch abstoßende Typen in einem schmutzigen Spiegel. Wo ist der Held mit starken Gefühlen und Handlungen? Die modernen Helden sind verweichlicht, ihr Gefühlsleben erklärt sich durch irgendeinen fremden Komplex. Die dramatischen Autoren befinden sich aber auf einem falschen Weg. Defiziente Stücke leben kein langes Leben. Das Publikum will sich nicht auf die Dauer mit halben Epigrammen und halber Liebe begnügen. Alle modernen englischen Stücke sind nach einem Rezept gemacht: Pygmalion, Cocktails, nackte Weine, langhaarige junge Leute, kurzgeschorene Mädchen, Tanzmusik und Idiotismus. In den zweieinhalbstündigen Manuskripten, die ich in der letzten Zeit durchgesehen habe, habe ich kaum hundert lebendige Menschen gefunden. Aber genug mit diesen Leuten ohne Rückgrat! Deshalb habe ich die männliche Rolle in Strindbergs „Bater“ mit solcher Freude verkörpert. Laßt uns endlich Stücke aufführen mit richtigen Männern und richtigen Frauen.“

Besiedlung der arktischen Gebiete. Vor der Ährischen Vereinigung zur Förderung der Wissenschaften hielt unlängst der Präsident Dr. Brown von der Geographischen Abteilung einen Vortrag über die Möglichkeiten der Besiedlung arktischer Gebiete. Nach Brown steht die Frage einer solchen Besiedlung unmittelbar vor ihrer endgültigen Lösung. Während die antarktischen Gebiete durch die heftigen Stürme weniger für eine dauernde Kolonisation in Frage kommen, würden die arktischen Gebiete von solchen Stürmen und einer gewissen Unbeständigkeit des Wetters verschont. Es sei im allgemeinen mit vier Monaten sommerlichen Klimas zu rechnen. Während dieser Zeit erreiche die Flora wie die Fauna einen solchen Grad von Lebenskraft, der ihnen gestattet, die kalten Monate zu überdauern. Bei besonderer Anpassung an die Lebensbedingungen der Arktis sei daher auch eine Besiedlung durch den Menschen möglich.

Als zweite Sonderveranstaltung der Volkshäuser G. B. findet am 5. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster ein Kaffeeabend statt, für den Hermann Riens gewonnen wurde. Einlaßkarten zum Preise von 0,60 M. in den Verkaufsstellen der Volkshäuser.

Die Große Berliner Kunstausstellung (Kartell) und die Kunstschau im Landesausstellungsgebäude, Wilhelmsplatz 4-10, wird nicht am 30. September geschlossen, sondern noch bis 16. Oktober inkl. verlängert werden. Die Ausstellungen sind täglich von 10-6 Uhr geöffnet.

Kammerjäger Hermann Gura veranstaltet am Freitag, 30. September, abends 8 Uhr, im großen Saal des Wilmersdorfer Stadtkaufhauses einen Gesangsabend, dessen Vortrag den Wilmersdorfer Sängerkreis-Anhalten zugute kommt. Gura wird an diesem Abend fünf von ihm ausgebildete Künstler vorstellen.

# Zentrum, Wirth und Schulgesetz.

Tagung des badischen Zentrums hinter verschlossenen Türen. — Wirth bleibt fern.

Karlsruhe, 26. September. (Eigenbericht.)

Das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei besaßte sich am Sonntag mit dem „Fall Wirth“. Die Beratungen waren streng vertraulich. Wirth selbst hatte, so unverständlich das auch klingen mag, wieder einmal vorgezogen, trotz aller an ihn ergangenen Einladungen auf eine Teilnahme und eine persönliche Vertretung seines Standpunktes vor der Versammlung zu verzichten.

### Badisches Zentrum für Keudells Schulgesetz.

Freiburg, 26. September.

Das Zentralkomitee des badischen Zentrums hat gestern eingehend den Reichsschulgesetzentwurf beraten. Ueber die Verhandlungen berichtet die „Freiburger Tagespost“ u. a., man sei einig gewesen darüber, daß der Entwurf eine geeignete Grundlage für eine annehmbare Regelung des Volksschulwesens entsprechend der Reichsverfassung biete, daß das badische Zentrum die Reichsverfassung, insbesondere Artikel 174, schon aus allgemeinen politischen Erwägungen gewahrt und die religiösen Ziele des Volkes unbedingt sichergestellt wissen wolle. Im Rahmen dieser Voraussetzungen werde es die Hand zur Verständigung bieten, wenn auf der anderen Seite — gemeint ist hier wohl Wirth — der ehrliche Wille festzustellen sei.

Ueber die Stellungnahme des Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth heißt es in dem offiziellen Bericht: Daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth der Tagung ferngeblieben ist, statt mannhaft seine Meinung durch persönliche Anwesenheit zu vertreten, hat allgemein starkes Bedauern hervorgerufen. Das in gegnerischen Zeitungen veröffentlichte Memorandum kam zur Verlesung. Die Antwort wurde festgelegt und an ihn abgefaßt. Beiden Teilen steht es frei, die Aktenstücke der Deffentlichkeit vorzulegen. Das einseitige Vorgehen des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. Wirth in der Schulfrage hat einer friedlichen Lösung speziell in Baden nicht

nur nicht gedient, sondern den alten noch neue Schwierigkeiten hinzugefügt.

### Die Lehrer protestieren.

Im Gegensatz zu dieser Haltung des Zentrums stehen die Proteste der Lehrerverorganisationen, die in immer wachsender Zahl das Keudellsche Schulgesetz ablehnen. So führt der pfälzische Kreislehrerverein in einer Entschließung, die dieser Tage angenommen wurde, u. a. aus:

Der vorgelegte Reichsschulgesetzentwurf stelle die Gemeinschaftsschule, die nach der Reichsverfassung Regelschule sein solle, den Antragschulen (Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen) gleich. Der Entwurf nehme die bestehende, im Wesen ganz anders gerichtete Konfessionsschule als beantragte Bekenntnisschule an; er lege den Begriff des geordneten Schulbetriebes willkürlich und unsachlich aus, so daß leistungsfähige Zwergschulen gebildet würden, und mache die Schulbestimmung des Paragraphen 174 für Länder mit noch Bekenntnissen nicht getrennten Simultanschulen zu einer bloßen Uebergangsbestimmung. Der Entwurf fordere von Ländern und Gemeinden erhöhte finanzielle Leistungen und verschlechtere zugleich den organischen Schulaufbau und damit die Leistungsfähigkeit der Schule. Der Entwurf verlege den Kulturkampf in die Gemeinden; dadurch gefährde er die Einheit deutschen Volkstums. Die Versammlung fordere mit allem Nachdruck seine Ablehnung durch den Reichstag.

Auch der Berliner Lehrerverein hat in Uebereinstimmung mit dem Deutschen Lehrerverband einen scharfen Protest gegen das Keudellsche Schulgesetz mit den bekannten durchschlagenden Gründen erhoben.

Gegenüber den Urteilen dieser berufenen Träger der Schule besagt die bestellte Arbeit einiger christlicher Elternverbände und weniger rein konfessioneller Organisationen, die sich noch für das reaktionäre Schulgesetz vereinen, sachlich nicht das Mindeste

## Das unruhige Marokko.

Es gärt in der spanischen Zone.

Paris, 26. September. (E.V.)

Nach Meldungen aus Tetuan ist es in der Tangerzone zu ersten Zwischenfällen gekommen. Die spanischen Behörden hatten die bei einem religiösen Fest üblichen Umzüge in verschiedenen Städten verboten. Als die Umzüge trotzdem durchgeführt werden sollten, gab es Zusammenstöße der Bevölkerung mit den Truppen. Ferner töteten eingeborene Soldaten einen Posten im Gebiete der Beni Snassen. Infolge dieser Vorkommnisse sind Eingeborene, die bisher zu den Spaniern standen, zu den Aufständischen übergegangen.

## Kämpfe in Shanghai.

Blutiger Zusammenstoß mit Japanern in Hankau.

Washington, 26. September. (Associated Press.)

Das Staatsdepartement hat vom Konsul in Shanghai die Mitteilung erhalten, daß bei den Kämpfen in der Umgegend von Shanghai am 20. und 21. September, wo nationale Truppen die 31. (1) Armee wegen ihrer Unzuverlässigkeit entwaffneten, 1200 Soldaten getötet oder verwundet wurden.

Wie aus Tokio amlich berichtet wird, verließen chinesische Soldaten eine Gruppe japanischer Marinesoldaten in Hankau zu entwaffnen. Die Japaner machten von der Waffe Gebrauch, auch von Maschinengewehren. Bisher sind vier chinesische Tote und neun Verwundete sowie ein japanischer Toter festgestellt. Die britischen und französischen Konzeptionen wurden von etwa 400 Kommunisten angegriffen. Die Kommunisten konnten entwaffnet werden; zwölf Angreifer wurden sofort vor das Kriegsgericht gestellt. Der französische Konsul hat ein japanisches Minenboot gebeten, die französischen Interessen zu schützen.

## Die Faschistengefahr in Prag.

Neue Untersuchung gegen Wajda und Konsorten.

Prag, 26. September. (Eigenbericht.)

Das Blatt der Legionäre „Narodni Osvozojeni“ („Nationale Befreiung“) meldet aus verlässlicher Quelle: Die Staatspolizei hat das im Sekretariat der Prager Faschistengemeinde beschlagnahmte Material der Militärprokuratur übergeben. Die Militärprokuratur hat eine neue Untersuchung gegen den degradierten General Wajda, gegen den Stabskapitän Janak und gegen eine Reihe höherer Offiziere der Prager Garnison eingeleitet. Angeblich handelt es sich um strafbare Delikte sehr wesentlicher Natur. — Zum Generaltruppeninspektor mit sehr weitgehenden Vollmachten ist der General Podhajsky ernannt.

## Putschgefahr in Griechenland.

Militärverhaftungen in Saloniki.

Athen, 26. September. (Havas.)

In Saloniki ist eine Anzahl Unteroffiziere unter der Beschuldigung verhaftet worden, eine Aufstandsbewegung geplant zu haben, die gleichzeitig gestern in Saloniki und Athen ausbrechen sollte. Mehrere Post- und Telegraphenbeamte, die wegen ihrer pangalilischen Stellungnahme bekannt sind, hat man gleichfalls verhaftet. Vorsichtshalber sind die Garnisonen von Athen und Saloniki in Bereitschaft gestellt worden.

Wiederholt sind in der letzten Zeit pangalilische Offiziere deportiert worden.

## Von der freiheitlichen Bauernbewegung.

Gründung der Westdeutschen Bauernschaft.

Während die sogenannten christlichen Bauernvereine aller Richtung begründet von dem Bauern doktor Heim und dem Landbundesminister Schiele am Sonntag in München ein Treffen veranstalteten, wurde in Westfalen ein Zusammenschluß vollzogen, der eine wesentliche Stärkung der freiheitlichen Bauernbewegung bedeutet. In Anwesenheit des Geschäftsführers Lübke von der Deutschen Bauernschaft schlossen sich am Sonntag in Münster die Vertreter des Westfälischen Bauernbundes und des Westdeutschen Bauernbundes in der Westdeutschen Bauernschaft zusammen. Der Westfälische Bauernbund gehörte schon bisher zur Deutschen Bauernschaft, während im Westdeutschen Bauernbunde zwei größere Abplitterungen vom Westfälischen Bauern-

verein unter der Führung der Landwirte Hüselohn und Dr. Lünenborg sich vereint hatten. Die so vergrößerte Organisation schließt sich ebenfalls der Deutschen Bauernschaft an.

Der unter Führung des Reichstagsabgeordneten v. Kerdern zur Borg stehende Westfälische Bauernverein war durch den Austritt zahlreicher mit der ortsentfremdeten Führung unzufriedener Mitglieder in seiner Bedeutung schon sehr zurückgegangen. Die neue starke Schwächung des Westfälischen Bauernvereins zeigt, daß die Bauern sich eine abilige Führung nicht mehr gefallen lassen wollen.

## Kommunistischer „Antiputschismus“.

Moskauer Kommunisten gegen litauische Aufständische.

„Pravda“ vom 16. September veröffentlicht einen Artikel von Michailowitsch Kopylow, dem ehemaligen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Sowjet-Litauens über die Ereignisse in Litauen. Bereits der Titel des Artikels ist bezeichnend: „Der Putsch in Litauen“. Um so bezeichnender der Inhalt:

„Die unvollständigen telegraphischen Mitteilungen lassen noch schwer das vollständige Bild der Ereignisse feststellen, die sich in Litauen in der Stadt Tauraggen am 9. September abgepielt haben. Es steht aber außer Zweifel, daß dort ein Putsch stattgefunden hat, an dessen Spitze einzelne Mitglieder der linken Narodniki, der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten standen waren.“

Die Kommunisten, als grundsätzliche Gegner aller Putsche, waren an den Ereignissen in keiner Weise beteiligt.

Die „linken“ Führer der Narodniki, der Sozialrevolutionäre und der Sozialdemokraten sind nicht im Stande, zu den Massen zu gehen und von unten auf den breiten Kampf gegen den Faschismus zu organisieren. Sie weichen daher einer Einheitsfront mit den Kommunisten gegen die Faschisten aus. Die „linken“ Führer sind nur zu Putschern fähig, die der Arbeiterklasse und den ärmeren Bauern nichts, außer dem Schaden, bringen. Vor kurzem hat das faschistische Regierungsblatt die Führer der litauischen Sozialdemokratie wegen ihrer Loyalität gegenüber der faschistischen Regierung gelobt. Auch jetzt, wo die Vergewaltigung von Organisationen der Sozialdemokraten und der Narodniki sowie die Erschießungen begonnen haben, konnten die Führer nur eine Abordnung zu dem Kriegeminister und zu dem Erzbischof schicken, um gegen die Verhaftungen zu „protestieren“. An irgendeinen ernsthaften Kampfschritt denken sie gar nicht.

In einem Telegramm wird mitgeteilt, daß die Arbeiterklasse Litauens auf den Terror der Regierung mit der Proklamierung des Generalstreiks geantwortet hat. Sollte es richtig sein, so muß man so zu sagen, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein solcher Streik in Litauen kaum von Erfolg sein kann. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern und den ärmeren Bauern Litauens ist zwar groß, die Massen sind aber noch passiv.

Die kommunistische Partei Litauens hat und wird sich durch putschistische Stimmungen nicht beeinflussen lassen. Sie wird vielmehr die breiten Arbeiter- und Bauernmassen für einen aktiven Kampf gegen die faschistische Diktatur gewinnen.“

Alles steht Kopf im Kopfe dieses kommunistischen Führers. Die verhassten Sozialdemokraten zeichnen sich durch Loyalität gegenüber der faschistischen Regierung aus, und rufen einen Zustand gegen sie ins Leben! Sie wollen aus einer Massenbewegung nichts wissen und fordern die Arbeiter zu einem Generalstreik auf! Man wäre demnahe geneigt, den Verfasser ob seiner geistigen Unbeholfenheit zu bedauern, wenn die Niedrigkeit seiner Besinnung nicht so sehr zum Vorschein käme.

Eins wird man sich aber aus diesem hilflosen Gestammel doch merken müssen: als es zu einem Zustand und Generalstreik gegen die faschistische Diktatur kam, wollten die Kommunisten davon nichts wissen. Der Fall stand nicht vereinzelt da. Es ist wohl noch allgemein in Erinnerung, das bei dem faschistischen Umsturz in Bulgarien die KP. Bulgariens ihre „Neutralität“ proklamiert hat. Und auch während des faschistischen Umsturzes in Italien und erst recht während eines solchen in Litauen war bekanntlich die Haltung der Kommunisten sehr unklar. Der Haß gegen die Demokratie ist eben in den kommunistischen Parteien so stark, daß sie sich nie rechtzeitig orientieren können, sobald ein entscheidender Kampf zwischen der Demokratie und der faschistischen Diktatur ausbricht. Und diese Desorientierung nimmt einfach widerwärtige Formen an, wo die Moskauer Kommunisten — wie im Falle des litauischen „Putsches“ — sich an die faschistische Diktatur direkt anzubiedern suchen, um die nationalitistische litauische Regierung gegen Polen auszuspielen zu können.

# Geldsackdämme gegen Arbeiterforderungen.

## Die rheinisch-westfälischen Industriellen rüsten!

Das Unternehmertum nimmt als unüberbrückliches Recht für sich in Anspruch, möglichst hohe Profite zu machen und deshalb die Lohn- und Arbeitsbedingungen seiner Arbeiter möglichst niedrig zu halten. Je niedriger diese, desto höher jene. Das kapitalistische System sucht sich seit der Nachkriegszeit hinter der Wirtschaft zu verchanzen, so daß die Unternehmer es nicht mehr sind, die die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnen, sondern „die Wirtschaft“ ist es, die höhere Löhne nicht zuläßt, sei es, weil die „Wirtschaft“ bei stauer Konjunktur sich erst erholen muß oder aber weil bei flotter Konjunktur die Wirtschaft gefährdet würde, wenn sie durch Lohn-erhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen belastet würde.

Wenn die Unternehmerverbände und die Unternehmerpreise über hohe soziale Lasten schreien, so nicht nur deshalb, weil sie in den Sozialbeiträgen entgangenen Profit erblicken, sondern mit zu dem Zweck, ihr schlechtes soziales Gewissen zu beschwichtigen.

Auch die rheinisch-westfälischen Industriellen wissen sehr wohl, daß ihre Arbeiterschaft sich das Zweischichten-system auf die Dauer nicht aufhalten lassen kann, daß die Löhne auch zur kümmerlichen Fristung der Existenz der Arbeiterfamilien nicht mehr ausreichen, weil die Lebensmittelsteuerung — zu der eine Steigerung der Wohnungsmiete hinzukommt — die Löhne in ihrer Kaufkraft vermindert hat. Sie wissen das, die Herren, sie wissen, daß die Arbeiter einfach gezwungen sind, einen Ausgleich zu fordern und sie bereiten sich auf ihre Weise darauf vor durch Zusammenschluß zu „Gefahren-gemeinschaften“ und zur Anklammerung von Kampffonds. Die Gefahr, daß die Arbeiterschaft auf ein niedrigeres Existenz-niveau herabgedrückt wird, die gilt dem Unternehmertum nichts. Um so mehr aber die „Gefahr“, daß durch die notwendigen Lohn-erhöhungen die Höhe des Profits bedroht ist.

Die „Gefahren-gemeinschaft“ der rheinisch-westfälischen Industriellen umfaßt, wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Essen berichtet wurde, alle Industrien, deren Arbeitgeberverbände in der sogenannten Austauschstelle in Düsseldorf zusammenarbeiten. Neben der Eisenindustrie, Erzeugern wie Verarbeitern, sind auch beteiligt der Bergbau, die Textilindustrie, das Baugewerbe, die chemische Industrie und andere. Die Beteiligung ist nicht sachlich, sondern bezwungenermaßen. In Betracht kommt dabei der engere rheinisch-westfälische Industriebezirk. Zweifellos aber würde im konkreten Falle mit den Arbeitgeberverbänden der anderen Bezirke zu-

sammengearbeitet werden. Die besondere Gefahrengemeinschaft der Textilindustrie erstreckte sich ja bereits auf fast alle deutschen Textiltentren.

„Die großen Konzerne haben sich bereit erklärt, auf eine Unterstützung aus dem Gefahrenfonds zu verzichten, so daß die von allen Gruppen aufzubringenden Mittel lediglich zur Unterstützung der kleineren und mittleren Betriebe verwendet werden könnten. Die in der genannten Austauschstelle zusammenarbeitenden Verbände dürften circa 1 Million Arbeitnehmer umfassen, so daß bei 5 Mark monatlicher Umlage pro Kopf des angelegten Arbeiters bis zum Jahresende eine erhebliche Summe zusammenkommt.“

Und weshalb diese besondere Rüstung? Es geht in erster Linie um die Durchführung des Dreischichtwechsels. Dem Unternehmern wäre es ja am liebsten, wenn sie die Arbeiter so weit drücken könnten, daß diese sich selber gegen die Verkürzung der Arbeitszeit wehren müßten, weil sonst ihre Löhne nicht mehr ausreichen. Da man zu diesem Ränderer kaum ein Duzend Gelde finden würde, werden die rheinisch-westfälischen Industriellen, wenn es durchaus nicht anders geht, sich mit der Verkürzung der Arbeitszeit vertraut machen, da diese ja nach ihrem Willen auf Kosten der Arbeiter geht. Die Herren rechnen damit, daß die Metallarbeiterverbände aller drei Richtungen zum Jahresende eine Lohn-erhöhung fordern zum Ersatz des Ausfalls durch die Arbeitszeitverkürzung. Solche Forderungen seien schon bei den letzten Arbeitszeitverhandlungen gestellt, von den Unternehmern jedoch abgelehnt worden. Diese scheuen nun die „Gefahr“, daß schließlich wenigstens ein Teil der Ausgleichslohnforderungen bewilligt würde. Doch dann — so argumentieren die Gefahrengemeinschaftler — würden auch die Bergarbeiterverbände mit Lohnforderungen kommen. Um diese „Gefahr“ zu verhüten, sollen die Metallarbeiter samt den Bergarbeitern nichts bekommen. Eine glänzende profitorische Lösung!

Man ist hier im Bezirk seit entschlossen, eine solche neue Verschlebung der Selbstkostenlage nicht hinzunehmen, auch wenn bei der Abwehr Verluste aus einem längeren Produktionsausfall in Kauf zu nehmen wären.“

Die Unternehmer gehen also aufs Ganze. Wenn die unorganisierten Arbeiter noch immer nicht wissen, was sie zu tun haben, wäre es höchste Zeit, es ihnen an diesem Beispiel recht deutlich zu zeigen, damit sie es endlich begreifen.

## Zur Urabstimmung bei der Straßenbahn.

### Morgen fallen die Würfel.

Die Berliner Straßenbahner stehen heute am Vorabend einer Entscheidung, an der die gesamte Öffentlichkeit Berlins interessiert ist. Morgen fallen die Würfel darüber, ob infolge der kurzfristigen und selbstherrlichen Taktik einzelner Direktoren der Berliner Straßenbahn dieser Betrieb durch einen Streik stillgelegt werden wird oder nicht.

Die Gewerkschaften haben sich bemüht, die Direktion der Straßenbahn zur Einsicht zu bewegen, um den offenen Konflikt zu vermeiden. Alle Mühe war vergeblich. Wenn man die einzelnen Phasen der bisherigen Verhandlungen aufmerksam verfolgt hat, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die Direktion den Konflikt absichtlich auf die Spitze getrieben hat. Der tonangebende Direktor Bante hat den Gewerkschaftsvertretern schon bei mehr als einer Gelegenheit erklärt, daß die Straßenbahner von der Gewerkschaft gar nichts wissen wollen und die Gewerkschaftsvertreter höhnlich herausgefordert, doch einen Streik zu proklamieren. Die ewig Unzufriedenen seien nicht die Straßenbahner, sondern nur die Gewerkschaftsvertreter. Er hat den Organisationsvertretern wiederholt selbstherrlich erklärt, daß die Belegschaft der Straßenbahn mit den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen sehr zufrieden sei.

Jedenfalls fühlt sich dieser Direktor Bante als unbefränkter Herr der Straßenbahn und der Straßenbahner. Wenn man sieht, daß Magistrat und Aufsichtsrat der Straßenbahn diesen Direktor scholten und matten lassen, wie er will, muß man annehmen, daß diese Körperknoten mit der Tätigkeit des Direktors durchaus einverstanden sind.

Daß die Berliner Straßenbahner nicht ganz die gedulden Schächten sind, wie sie Herr Direktor Bante einschätzt, haben die Volksversammlungen sehr deutlich gezeigt. Die Urabstimmung soll nun beweisen, ob die Empörung der Straßenbahner in den Versammlungen nur ein Strohhalm war oder ob sie echt war. Es gilt für die Berliner Straßenbahner, sich morgen restlos an der Urabstimmung zu beteiligen und sich nicht vor der Entscheidung zu drücken. Jetzt heißt es, Farbe bekennen.

Die Straßenbahner müssen sich auch darüber klar sein, daß sie auf die Einsicht der Direktion nicht rechnen können. Jedenfalls wird der „Vorwärts“, wenn es zum Streik kommt, die

Straßenbahner rückhaltlos unterstützen, nachdem jeder Appell an die Einsicht und Vernunft und jeder Hinweis auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vergeblich gewesen sind.

## Die Autoruf A.-G.

### Ein Eldorado für weibliche Angestellte!

Wie „leicht“ es heute jedem arbeitswilligen und einigermassen gebildeten Menschen wird, durch seiner Hände oder seines Kopfes Arbeit seinen Lebensunterhalt zu erwerben, dafür gibt die Autoruf A.-G. (Tochtergesellschaft der Priteg) außerordentlich beachtliche Beweise.

Die Autoruf A.-G. beschäftigt 40 bis 50 Damen im telephonischen Autovermittlungsdienst, und zwar im Tag- und Nachschichtdienst. Die Damen, zum Teil frühere Telephonistinnen aus dem Reichsdienst, haben Dienstzeiten, die von irgendwelchen geschlichen Vorschriften unberührt sind. Zum Beispiel jeden fünften Sonntag haben sie einen freien Tag, trotzdem die Gewerbeordnung (106e) vorschreibt, daß jeder dritte Sonntag absolut dienstfrei zu bleiben hat. Zwischen zwei Schichten (Ende und Beginn) liegt sehr oft nur eine Pause von neun Stunden, während das Gesetz eine solche von elf Stunden vorschreibt usw.

Auch zu der Art der Behandlung der Angestellten wäre gar vieles zu sagen, um so mehr, als der Mitte der zwanziger Jahre alte „Herr Direktor“ keine anderen Kenntnisse und Eignungen mitbrachte als den Borzug, der Sohn seines wohlhabenden Vaters zu sein. Doch über den „guten Ton im Autoruf“ ein andermal. Heute soll der Öffentlichkeit nur kundgetan werden, was neben der ungesetzmäßigen Arbeitszeit im Autoruf zu erwerben ist. Also, die Damen, die neben guten Kenntnissen usw. eine gute Allgemeinbildung mitbringen müssen, für einer psychotechnischen und genauen ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen u. v. a. m., erhalten das fürsätzliche Gehalt von 99 Mark pro Monat. Dieses Gehalt (Bruttogehalt) erscheint der Autoruf A.-G. für den schwierigen Dienst in der telephonischen Vermittlung, auch für den anstrengenden Tag- und Nachdienst so ausreichend, daß sie ablehnte, einen Tarifvertrag für die Angestellten abzuschließen. Die Rat ist ja immer der Verbündete der Reichen, also darf Herr Salomon weiter darauf rechnen, für 99 Mark Bruttogehalt fleißige, gebildete, geeignete und gesunde Angestellte so zahlreich zu finden, daß er Gesetze nicht zu beachten, den üblichen Ton nicht zu mahnen braucht und jedem Angestellten trotzdem die Stellung kündigen kann, wenn er das Unglück hat, einmal zu erkranken.

## Bundestag der Bauarbeiter.

J. S. J. Dresden, 26. September. (Eigenbericht.)

Gestern abend wurde hier im Trianonjaal von seinem Vorsitzenden, Genossen Paepflow, der 2. Bundestag des Deutschen Baugewerksbundes eröffnet. Außer dem Bundesvorsitzenden, dem Ausschuß und zahlreichen in- und ausländischen Gästen sind 282 Delegierte anwesend.

Die Eröffnungssitzung war der Konstituierung des Bundestages und den Begrüßungsansprachen gewidmet. Auf der Tagesordnung stehen, neben den üblichen Berichten usw.: „Gewerkschaften und Arbeitsrecht“, und „Die Stellung der Gewerkschaften zur Wirtschaft, insbesondere zur Bauwirtschaft“. Auch die

### Sicherung des Bundes

dürfte zur Sprache kommen.

Alles in allem dürfte der Bundestag eine Tagung erster Organisationsarbeit sein. Schon die kurze Eröffnungssitzung, die zusammengesetzt sich auf das Notwendigste beschränkte, ließ erkennen, daß man in dieser Großorganisation, die jetzt nahezu

400 000 Mitglieder

zählt, mit nüchternen, aber um so größerer Festigkeit zu zielbewusster Organisationsarbeit entschlossen ist.

Nachdem Paepflow die Delegierten und Gäste begrüßt und der Laten gedacht hatte, darunter auch besonders des verstorbenen Reichspräsidenten Genossen Ebert, sprachen die Gäste. Zunächst der sächsische Arbeitsminister Eisner (im Reichsarbeitsministerium war niemand abkömmlich). Zum Schluß Ellinger, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe. Ellinger konnte mit berechtigtem Stolz auf die Entwicklung der Bauhüttenbewegung hinweisen, das Aktium der Sozialisierungsbewegungen nach dem Kriege. Diese Bewegung zeigt am besten, daß die Bauarbeiter Realismus und Idealismus zu verbinden wissen.

## Internationales Arbeitsamt.

### Der Verwaltungsrat

wird vom 10. bis 15. Oktober seine 37. Tagung in Berlin abhalten. In der Regel tagt der Rat in Genf, doch soll von nun an, wenn möglich, eine Tagung jährlich auswärts stattfinden, um damit eine engere Berührung zwischen dem Rat und den Regierungen der Mitgliedstaaten herbeizuführen.

In Berlin wird vor allem die Tagesordnung der Arbeitskonferenzen von 1928 und 1929 aufzustellen sein. Für die Konferenz von 1928 sind bereits vorgelegen die endgültige Entscheidung über Grundsätze für die Verfahren zur Aufstellung von Mindestlöhnen, ferner die erstmalige Diskussion über Unfallverhütung. Als dritten Gegenstand schlägt das Internationale Arbeitsamt die Frage der Zwangsarbeit der Eingeborenen in wirtschaftlich rückständigen Leberländer vor.

Im Jahre 1929 wird eine Tagung für seemannische Sozialpolitik stattfinden. Außerdem wird die Abhaltung einer gewöhnlichen Tagung empfohlen, welche über die Unfallverhütung und Zwangsarbeit endgültig beschließen und außerdem über den Dienstvertrag der Angestellten zum erstenmal verhandeln soll; über diesen Punkt wird dann 1930 die Entscheidung zu fällen sein. Voraussichtlich wird der Rat dem vom Internationalen Arbeitsamt aufgestellten Programm in wesentlichen zustimmen.

Andere Gegenstände, die der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts in Berlin erörtern wird, betreffen Erhebungen über die Grundzüge des Arbeitsvertrages; das Einigungs- und Schlichtungsverfahren bei Arbeitsstreitigkeiten; die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten; die Sozialversicherung; Maßnahmen zur Durchführung gewisser Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz usw.

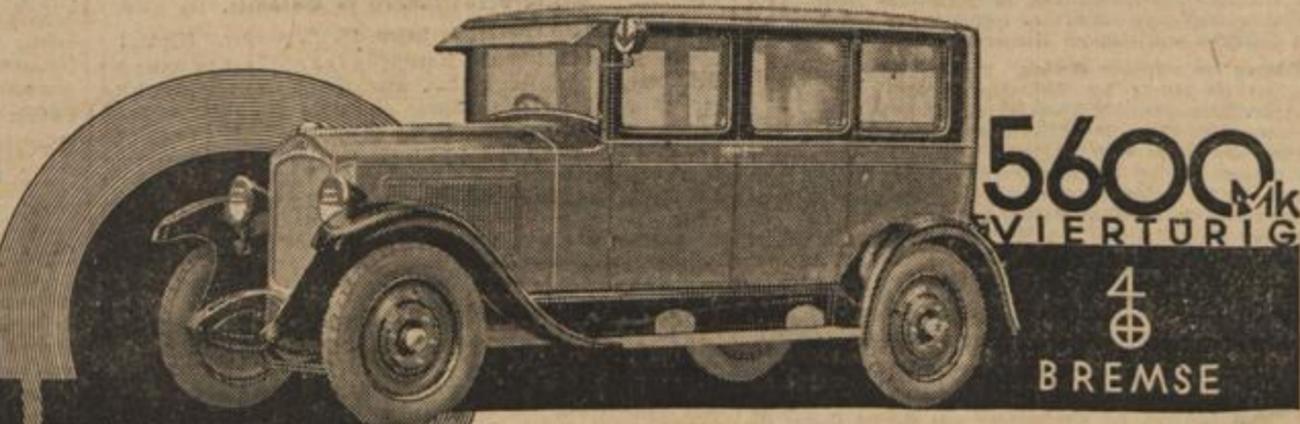
Der Rat besteht aus 24 ordentlichen Mitgliedern, und zwar 12 Vertretern von Regierungen und je sechs Vertretern von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Von den 12 Regierungsoberleitern werden acht von den wirtschaftlich wichtigsten Staaten bestimmt, auf die vier anderen einigen sich die auf der internationalen Arbeitskonferenz anwesenden Delegierten der Regierungen, mit Ausnahme jener acht, die ständige Sitze innehaben. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter werden auf der Konferenz von den Delegierten jeder der beiden Interessentengruppen bestimmt. Als jezt gehören der Arbeitnehmergruppe des Rates ausschließlich Vertreter der Amsterdamer Richtung an. Außer den ordentlichen Mitgliedern werden Ersatzmitglieder und Stellvertreter bestellt. Deutschland ist im Rat durch je ein ordentliches Mitglied der Regierungs- und der Arbeitnehmergruppe und einem Stellvertreter in der Arbeitgebergruppe repräsentiert.

Zu den Aufgaben des Verwaltungsrates gehören unter anderem: die Festlegung der Tagesordnung der Konferenz; die Bestimmung der Form der Berichte der Mitgliedstaaten über die Durchführung der von ihnen angenommenen Übereinkommen; die Ernennung des Direktors des Internationalen Arbeitsamts; die Entscheidung über Herausgabe von Druckschriften in anderen Sprachen als der englischen und französischen; die Mitwirkung bei Beschwerde- und Klageverfahren wegen Nichterhaltung ratifizierter Übereinkommen; die Aufstellung des Budgets des Internationalen Arbeitsamts, über das jedoch der Völkerbund endgültig zu beschließen hat.

Verantwortlich für Text: Richard Bernstein; Bericht: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schütz; Lokales und Konflikte: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glade; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, SB 66, Lindenstraße 1, 1. Stock.

# Der neue 10/40

# OPEL



# 5600 Mk

VIERTÜRIG

4  
⊕  
BREMSE

Ein klassisches Erzeugnis aus Deutschlands größter Automobilfabrik! Lassen Sie sich diesen ausgezeichneten Wagen bei einem Opel-Vertreter unverbindlich vorfahren! Prüfen Sie selbst die erstaunliche Zugkraft der Maschine, die jede Steigung spielend meistert! Beachten Sie, wie wunderbar der Wagen, der in seiner eleganten weiträumigen Limousine fünf Personen behaglichen Platz bietet, selbst auf schlechtesten Straßen und in den engsten Kurven seine schnelle Fahrt nimmt! Es ist ein Wagen, der Robustheit und Wirtschaftlichkeit des Vier-Zylinders mit den Eigenschaften eines Sechs-Zylinders verbindet.

ADAM OPEL  
RUSSELSHEIM

# Großfeuer in der AEG. Luisenstraße.

## Das Bureau- und Lagerhaus ausgebrannt. — Ein schwerer Sonntag für Feuerwehr und Polizei.

Ein Großfeuer, wie es die Berliner Feuerschritke seit vielen Jahren nicht mehr zu verzeichnen hatte, wütete Sonntag nachmittags stundenlang auf dem Grundstück Luisenstr. 35. Das Gebäude gehört der AEG, und in seinen Mauern waren die Beleuchtungskörper G. m. b. H., die Bureauräume mit der Verkaufsabteilung für Ruhland, sowie größere Lager untergebracht. Auf den Großfeuer alarmierten zehn Löschzüge unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy an die Brandstätte. In stundenlangem, angestrengter Arbeit gelang es, unter den schwierigsten Verhältnissen und unter größter Gefahr für die Mannschaften, den Riesenbrand abzuriegeln und ein Weitergreifen auf die anschließenden Gebäude, die eine Zerstörung außerordentlich gefährdet waren, zu verhindern. Das Gebäude ist vollständig ausgebrannt.

Gegen 13,30 Uhr stürzte gestern plötzlich in der Luisen- bis hinauf in die Invalidenstraße der Straßenbahnverkehr. Von allen Seiten rasselte die Feuerwehr heran. Brandgeruch umlagerte die ganze Gegend, die Straßen sind mit Rauchschwaden erfüllt. Eine große Menschenmenge umlagert bereits die Zugangsstraßen an der Brandstätte. Eine große Rauch- und Feuerfäule steigt aus dem Grundstück Luisenstr. 35 empor. Schilder an der Hausfront zeigen, daß sich in den oberen Stockwerken die Verkaufs- und Lagerräume der AEG befinden. Aus den Partieräumen schlagen meterhohe Flammen hervor. In wenigen Augenblicken hat die Feuerwehr alles zur Verfügung stehende Schlauchmaterial an die Hydranten geschlossen, und die Mannschaften, mit Rauchschutz-Gasmasken versehen, dringen in das brennende Gebäude vor. Auf der Straße werden mehrere mechanische Leitern in die Höhe gemunden und die Dächer der Nachbarhäuser besetzt. 20 Schlauchleitungen großen Kalibers befinden sich in Tätigkeit, und gewaltige Wassermengen werden in das Flammenmeer, das sich von den Partieräumen bis hinauf zum Dachstuhl erstreckt, geschleudert. Nach fast einhalbstündiger Löschstätigkeit muß Oberbranddirektor Gempy den Befehl zum Räumen des Hauses geben. In den oberen Stockwerken waren mehrere Decken eingestürzt. Auch die Dachkonstruktion drohte brennend zusammenzustürzen. Die Mannschaften wurden etwa 10 Minuten lang zurückgezogen. Da sich aber die Vorsichtsmaßnahmen, wie sich zeigte, als nicht notwendig erwiesen, konnten die Arbeiten unter Beachtung größter Vorsicht wieder aufgenommen werden. Gegen 18 Uhr war die Hauptgefahr beseitigt. Drei Ablösungszüge rückten an, um die völlig erschöpften Mannschaften abzulösen. Immer wieder zeigten sich neue Brandherde und meterhohe Flammen züngelten auf. Erst gegen 22 Uhr konnte ein Teil der Züge abrücken, nachdem drei weitere Ablösungszüge an der Brandstätte eingetroffen waren. Noch spät abends umlagerte

eine große Schar Schaulustiger, die von der Brandkatastrophe erfahren hatten, die Feuerstelle.

Wie uns von sachmännlicher Seite mitgeteilt wird, konnte das Feuer nur durch den sehr späten Alarm eine derartige Ausdehnung annehmen. In dem Grundstück befindet sich ein großer Lichthof, der bis hinauf zum Dachgeschoss reicht. In diesem Lichthof, in Höhe des Erdgeschosses, lagerten große Vorräte von Kästen und Packmaterial, die vermutlich durch Kurzschluss von einer elektrischen Leitung in Brand gesetzt wurden. In kurzer Zeit bildete das Erdgeschoss ein einziges Feuermeer und die Flammen schlugen durch den Lichtschacht bis zum Dach hinauf. Die Bureauräume, die unmittelbar an den Schacht grenzen, wurden zuerst vom Feuer erfaßt, das sich strahlenartig nach allen Seiten mit großer Schnelligkeit ausdehnte. Als der erste Löschzug an der Brandstelle eintraf, hatte das Feuer bereits eine solche Ausdehnung angenommen, daß wenige Minuten später Verstärkung angefordert werden mußte, worauf zehn Löschzüge aus allen Stadtteilen anrückten. Es gelang schließlich, das Umformwert der Bomag, das an das hintere Grundstück anschließt, vor der Vernichtung zu bewahren. Die gewaltigen Wassermengen ließen jedoch die Gefahr austauschen, daß die maschinellen und Kabel-Anlagen — das Wasser hatte sich etwa bis zu einer Höhe von einem halben Meter angesammelt — „erlaufen“ würden. Es wurden rechtzeitig zwei Saugpumpen angefahren, so daß das Umformwert keinen nennenswerten Schaden erlitten hat. Einige Hauptkabel, die durch den Brandherd führten, wurden vernichtet, was eine Stromunterbrechung im Regierungsviertel und in Moabit zur Folge hatte. Durch Umschaltungen konnte später der Schaden wieder behoben werden.

Die Brandstätte bietet den Anblick größter Verwüstung. Die Räume sind zum großen Teil völlig ausgebrannt, mehrere Decken zwischen dem zweiten und dritten Stockwerk eingestürzt. Eisener Schränke ragen aus den verkohlten Holzteilen hervor. Der weniger vom Feuer mitgenommene Teil des Hauses kann nur unter größter Vorsicht betreten werden, da überall Einsturzgefahr besteht. Es wird lange Zeit dauern, bis das, was das Feuer in wenigen Stunden vernichtet hat, wieder aufgebaut ist.

Der Brandschaden betrifft die Abteilung Beleuchtungskörper G. m. b. H., die mit ihren Ausstellungsräumen, Lagern und Bureau ein Opfer der Flammen geworden ist. Die in feuerfesten Schränken verwahrten Akten konnten sichergestellt werden. Der Schaden, der sich auf einige 100000 M. beläuft, ist durch Versicherung gedeckt. Abgesehen von den Ausstellungsräumen geht der Geschäftsbetrieb ununterbrochen weiter.

Polizeipräsident Jörgel, Oberbürgermeister Dr. Böß, der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Dr. Hagemann, und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei weilten längere Zeit an der Brandstelle.

Nach im Laufe der Nacht zeigten sich bei den meisten Erkrankten der Augen, die mit starken Kopfschmerzen verbunden waren. Ein Teil von den Anwohnern mußten sogar ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die gesundheitsgefährdende Wirkung ist unseres Erachtens nach besonders auf den Einfluß des grellen Lichtes auf die Reghaut des Auges und damit auf die Sehnerven zurückzuführen. Daraus ergibt sich von selbst die Warnung davor, in solche vieltaufenderzigen Lichtentwicklungen zu blicken. Die Schweißer am elektrischen Lichtbogen, die man oft des Nachts an den Straßenbahnschienen hantieren sieht, tragen deshalb auch stets tiefdunkel gefärbte Augengläser.

### Ein trauriges Ende.

Tot aufgefunden wurde heute morgen um 5 1/2 Uhr in einem Gehäuf auf dem Falkplatz ein unbekannter Mann. Man stellte ihn bald fest als einen früheren Schuhmacher K., der sich seit langer Zeit obdachlos in jener Gegend aufhielt. K. hatte dort früher ein eigenes Geschäft, kam jedoch immer mehr herunter. Er ergab sich dem Trunk und nächtigte bald im Asyl, bald auf Bodenreppen oder auch unter freiem Himmel. Meistens sah man ihn in Gesellschaft einer Obdachlosen, die im Bezirk des 63. Reviers schon lange bekannt war. In ihren Kreisen führte sie den Spitznamen „Fisteljuste“. Sie sprach dem verdünnten Brennspiritus ebenso stark zu wie ihr Gefährt K. Am Sonnabend mußte sie ins Krankenhaus gebracht werden. K. stand jetzt ganz verlassen da und hat sich wahrscheinlich wieder mit dem Alkohol zu trösten versucht. Vermutlich hat er sich zu guter Letzt im Gehäuf schlafen gelegt. Heute früh fanden ihn Passanten mit der leeren Flasche im Arm tot daliegen. Unter der Einwirkung des übermäßigen Alkoholenusses war er an Herzschwäche gestorben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Der verlorene Page gefunden! Der Page Kurt Bahlich und sein angeblühter Vater, der Artist Benzler, wurden auf Grund der Ausschreibungen der hiesigen Kriminalpolizei in Düsseldorf ermittelt und festgenommen. Sie hatten, wie wir mitteilen, in der letzten Zeit die Jahrmärkte im Mansfeldischen aufgesucht. Benzler trat auf Märkten und Rummelplätzen als Artist auf, und Bahlich stand ihm dabei zur Seite. Der Junge wird von seiner Mutter aus Düsseldorf abgeholt.

### Unwetterkatastrophen.

#### Schweiz und Tirol heimgesucht. — Menschenopfer.

Basel, 26. September.

Die Ost- und Süd Schweiz wurde infolge starker Regenfälle der beiden letzten Tage von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht, die auch Opfer an Menschenleben forderten. Der Luftort Schiers in Prättigau ist gefährdet. Der Verkehr auf der thälischen Bahn ist unterbrochen. Mehrere Brücken wurden fortgerissen. Aehnliche Nachrichten kommen auch aus der Ostschweiz. Die Rheintallinie der Bundesbahnen ist an zwei Stellen unterbrochen, und zwar bei Trübbach und zwischen Rüti und Salez. Die Rheinbrücke zwischen Buchs an der österreichischen Grenze und Schaan ist eingestürzt. Auch der Verkehr der österreichischen Staatsbahn von Feldkirch nach Buchs ist unterbrochen. Auch im unteren Tessin hat der starke Regen der letzten beiden Tage große Ueberschwemmungen hervorgerufen. Am See von Lugano richtete ein Sturzflut in der Nacht zum Sonntag großen Schaden an. Der Dampfer „Ticino“ wurde gegen den Quai geschleudert und ging unter. Der Quai selbst wurde an einer Stelle durch die Wassermassen stark beschädigt, so daß er abgeperrt werden mußte. Auch einige Barken gingen auf dem See unter.

Aehnliche Nachrichten kommen aus Italien. So ging in Toscana ein Gewitter mit furchtbarem Regen nieder. In Florenz richtete ein Plötzregen Ueberschwemmungen an. In der Provinz Casentino wurde ein Dorf überschwemmt, wodurch großer Sachschaden entstand.

Chur, 26. September.

Die Verbindungen mit dem Oberland und Stanz sind immer noch unterbrochen. In Tsaanoja wurde ein großes Doppelwohnhaus und ein Bahnwärterhäuschen von den Fluten mitgerissen. Acht Einwohner sind ertrunken. In Bergell sind die Verbindungen mit dem Engadin unterbrochen. Der Wildbach in Casaccia hat das Dorf überschwemmt, so daß die Einwohner sich nur mit knapper Not retten konnten. Am Abend begann in der Höhe Schnee zu fallen. Der Rhein ging um etwa einen Meter zurück, so daß man hoffen kann, daß die größte Gefahr überstanden ist.

Faldo, 26. September.

Das Unwetter richtete im oberen Valentin an der Gotthardlinie großen Schaden an. In Faldo brach der Wildbach durch die Dämme und überschwemmte die Staatsstraße auf 100 Meter Länge. Ein Teil des Dorfes beim Bahnhof ist stark gefährdet.

### Vorsicht beim elektrischen Bügeln.

In Wien hat gestern abend eine junge Frau dadurch den Tod gefunden, daß sie beim Bügeln mit einem elektrischen Eisen in den Stromkreis geraten ist. Sie sank plötzlich während der Arbeit mit einem Schrei leblos zu Boden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Die Frau hat am rechten Arm eine etwa handtellergroße Verbrennung erlitten. In der Wogengegend waren Eintrittsstellen des Stromes, an den Fußsohlen Austrittsstellen sichtbar. Die Verunglückte hatte, knapp ehe sie zu bügeln anging, den Fußboden ihrer Küche aufgemischt, die Stelle, auf der sie stand, war noch feucht. Infolge einer schlechten oder schadhaf gewordenen Isolierung des Bügeleisens war so die Frau in den Stromkreis geraten und hatte den Tod gefunden.

### Von einem wütenden Bullen getötet.

Das Opfer eines wütenden Bullen wurde der 68jährige Gutsbesitzer Wilhelm Stiebel in Diehmen. Bei dem Versuch des Besitzers, das Tier, das sich losgerissen hatte, wieder anzukoppeln, ging es auf den Besizer los. Der bedauernswerte Mann wurde zu Boden geworfen und von dem wütenden Stier mit den Hörnern bearbeitet. Der Schwerverletzte ist im Bauern Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

### Das Martyrium des Dreijährigen.

#### Die Mutter, die ihr Kind zu Tode prügelt, vor Gericht.

Die Kindermißhandlungsprozesse häufen sich — vor kurzem war es das Martyrium eines Säuglings, das die Defensivität beschäftigte. Diesmal soll ein dreijähriges Kind von der eigenen Mutter buchstäblich zu Tode geprügelt worden sein. Wird etwa jetzt grausamer und maßloser geprügelt als früher? Oder sind endlich die Ohren der Nachbarn empfindlicher geworden gegen die Schreie gefolterter Kinder? Lange genug hat es aber auch diesmal gewährt, bis die Nachbarn den Weg zum Jugendamt gefunden hatten und bis das Jugendamt eingeschritten ist. Dieses verspätete Eingreifen hat der dreijährige Günther, wie die Anklage behauptet, mit dem Tode bezahlt! Die 29jährige Elsa Kupsch hat es wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg auf die Anklagebank gebracht. Sie hat sich heute vor dem Landgericht II gemeinsam mit ihrem Mann, der wegen Beihilfe angeklagt ist, zu verantworten.

Frau Kupsch, mit einem vollkommen blutleeren Gesicht, dessen gelbe Färbung auf ihr Gallensteinleiden weist, mit edigen Zügen und hartem Munde, gibt auf die Fragen des Vorsitzenden scharfe Antworten. Sie schildert ausführlich ihre Kindheit. Als uneheliches Kind geboren, wurde sie von den Eltern ihres Vaters erzogen. Kaum fünfjährig, nahm ihre Mutter sie zu sich, damit sie deren eheliche Kinder pflege. Die Schule konnte sie nicht regelmäßig besuchen, da sie zu Hause neun Kinder ihrer Mutter mit beaufsichtigen mußte. Als sie 14 Jahre alt war, kam sie als Hausmädchen in Stellung, von ihrem 16. Lebensjahre an war sie am Büfett beschäftigt. Im Jahre 1923 lernte sie ihren jetzigen Mann kennen, drei Monate nach ihrer Heirat, im Februar 1924, kam der kleine Günther zur Welt. Im Juli desselben Jahres war der Mann gezwungen, Essen, wo sie lebten, zu verlassen. Die Angeklagte ging nach Berlin, der kleine Günther kam in ein Säuglingsheim und kehrte zur Mutter erst im Alter von 15 Monaten zurück. Vom angeklagten Ehemann erfährt man, daß er mit seiner Frau schon kurz nach der Heirat in Differenzen geriet und sich deshalb nach dem Verlassen Essens von ihr trennte. Auf ihr Drängen hin kehrte er wohl zu ihr zurück, trennte sich aber ein zweites Mal von ihr, um erst im Jahre 1925 endgültig mit ihr zusammenzuziehen. Der angeklagte Kupsch behauptet, daß es auch in späterer Zeit wegen des kleinen Günther mit der Frau öfter Differenzen gab.

Die Angeklagte gibt wohl zu, den Kleinen hin und wieder auf das Gesicht und auf die Hände geschlagen und ihm Backpfeifen gegeben zu haben, weil er unartig war, wie sie sagte, und sich beschwerte, bestritt jedoch, ihn mit irgendwelchen Werkzeugen gehauen zu haben. Sie bestritt vor allem, die Schuld am Tode des Kindes zu haben, muß jedoch auf Vorhalten des Vorsitzenden zugeben, daß sie bei Einklebung des Günther im Krankenbause den Arzt auf die Striemen aufmerksam gemacht habe, die er am Rücken hatte, damit man nicht glaube, daß diese etwa von unmäßigen Züchtigungen herühren. Zur Gerichtsverhandlung sind etwa 20 Zeugen und drei Sachverständige geladen. Wie erinnertlich, wurde der An-

geklagten eine unmenschlich grausame Behandlung des kleinen Günthers von den Nachbarn nachgesagt. Die Angeklagte behauptet, daß diese Auslagen unwahr und von Haß gegen sie diktiert seien. Das Urteil wird erst in späten Abendstunden zu erwarten sein.

### Eine Taktlosigkeit.

Drei Angestellte der Lusthansa sind bei dem furchtbaren Flugzeugunglück von Schleiz ums Leben gekommen: der Proturist Volkmar von Arnim-Rechlin, der Flugzeugführer Willi Charlett und der Bordmonteur Josef Feiler. Der Vorstand der Deutschen Lusthansa A.-G. hat nun in mehreren Blättern einen Nachruf veröffentlicht, in dem sie einzig und allein des Proturisten von Arnim-Rechlin, der zu den „höheren“ Angestellten zählte, gedenkt. Den wackeren Flugzeugführer Charlett, der sich in Hunderten von Fahrten bewährt hatte, und den jugendlichen Bordmonteur Feiler aber erwähnt der Vorstand mit keiner Silbe.

Diese ungläubliche, angesichts der ausgleichenden Majestät des Todes doppelt und dreifach unbegreifliche Taktlosigkeit haben die Angestellten und Arbeiter der Lusthansa nach besten Kräften wieder gut gemacht. Sie widmen den Toten Arnim, Charlett und Feiler einen gemeinsamen Nachruf und schreiben: „Wir stehen in tiefem Schmerz an der Bahre dieser so plötzlich Dahingeschiedenen, die wir stets als liebe Kollegen und Mitarbeiter kennengelernt und hoch geschätzt haben. Ihr Andenken, das sich für uns mit dem Vorbild musterhafter Pflichterfüllung verbindet, werden wir stets in Ehren halten.“ Steigt wegen ihres eigenen Verhaltens den leitenden Herren der Lusthansa nicht die Schamröte ins Gesicht?

### Wieder Arthur Keil.

Ein Ermittlungsverfahren wegen Betrug ist gegen den Inhaber der „Standard-Handelsgesellschaft“, Arthur Keil, der seine Bureau Räume vor kurzem von der Köthener Straße 31 nach der Neuen Ansbacher Straße 7a verlegt hat, eröffnet worden. Keil sucht Personen, die Geschäftseinlagen machen sollen und verpflichtet ihnen hohe Dividenden bis zu 50 Proz. monatlich zu zahlen. Der ganze Geschäftsbetrieb wird einer eingehenden Kontrolle unterzogen, vor allem wird geprüft werden, in welchem Umfang Keil bereits Dividenden gezahlt hat und ob diese aus dem erzielten Geschäftsergebn tatsächlich entnommen oder ob dazu neu eingegangene Geschäftseinlagen benutzt worden sind. Personen, die glauben, von Keil betrügerisch geschädigt zu sein, werden gebeten, sich im Polizeipräsidium bei der Dienststelle D. 5 im Zimmer 447 A zu melden.

### Ein seltsamer Unfall.

Vor dem Hause Müllerstraße 159a zeigten sich gestern nachmittags starke elektrische Lichtbogenercheinungen an einem Straßenbahnpost; offenbar war irgendein Defekt in der Starstromleitung die Ursache. Die Anwohner einiger nachgeliegender Häuser sahen längere Zeit der grellen Lichtentwicklung zu.

**Bergmann**  
über 70 Filialen in Großberlin

**färbt wäscht reinigt**  
Ihre Herbst- u. Wintergarderobe  
schon jetzt erbeten

